

**Niederschrift der 28. Sitzung der Gemeindevertretung Am Mellensee am Montag,
den 06.12.2021 in der Sporthalle Mellensee, Hauptstraße 21, 15838 Am Mellensee**

öffentlicher Teil

Beginn: 19:00 Uhr bis 21:13 Uhr

Teilnehmer:

Bürgermeister
Broshog, Frank

Fraktion DIE LINKE

Janke, Tobias
Kruppa, Judith
Schulze, Doreen ab 19:23 Uhr

Fraktion CDU

Porath, Dargo
Thiele, Andreas

Fraktion SPD

Koch, Ingo

Fraktion UWG

Borkowski, Wilfried
Boss, Theo
Kosicki Thomas
Pehnert, Dirk
Schuster, Antje (per Video, bis 20:45 Uhr)
Tscherwinka, Maik

Freie Wähler

Hänsel, Milan

AfD

-

Entschuldigt:

Wildenhein, Udo	CDU
Daske, Bert	SPD
Elsner, Dieter	AfD

Unentschuldigt:

-

Verwaltung:

Gonschorek, Carolin	(Sachgebietsleiterin Ordnungsamt)
Reetz, Thomas	(Teamleiter Bauverwaltung)
Zehler, Sven	(Schriftführer)

anw. geladene Gäste:

Stenzel, Fredrik

Tagesordnung öffentlicher Teil

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und Beschlussfähigkeit
3. Änderungsanträge zur Tagesordnung - öffentlicher Teil –
4. Einwendungen zur Niederschrift der 27. Sitzung - öffentlicher Teil - TOP wird entfernt
5. Bericht des Bürgermeisters
6. Einwohnerfragestunde
7. BSV 134/28/2021 - Bestellung der Kinder- und Jugendbeauftragten der Gemeinde Am Mellensee
8. BSV 135/28/2021 - Beschluss des überplanmäßigen Aufwands / Auszahlung für die Maßnahme I17-0031 Um- und Ausbau Sportfunktionsgebäude Kummersdorf-Gut
9. BSV 136/28/2021 - Beschluss des überplanmäßigen Aufwands / Auszahlung für die Maßnahme I17-0016 Fahrzeughalle FFW Gadsdorf
10. (Neu) Antrag auf BSV - Feststellung der außergewöhnlichen Notlage nach § 50a BbgKVerf – TOP wird nach TOP 9 hinzugefügt
11. (Neu) Antrag auf BSV - Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen
12. (Neu) Antrag auf BSV - Richtlinie für den privatfinanzierten Gehwegausbau in der Gemeinde Am Mellensee
13. (Neu) Information zum Kostenangebot für den Kauf bzw. Mietung einer Sitzungs-mikrofonanlage
14. (Neu) Anfragen der Mitglieder der Gemeindevertretung
15. (Neu) Sonstiges

Zu 1. Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Tscherwinka, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Zu 2. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und Beschlussfähigkeit

Herr Tscherwinka stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Es sind 13 Gemeindevertreter anwesend.

Zu 3. Änderungsanträge zur Tagesordnung - öffentlicher Teil -

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung entfernt den Tagesordnungspunkt 04 des öffentlichen Teils „Einwendungen zur Niederschrift der 27. Sitzung - öffentlicher Teil“ von der Tagesordnung, da die Niederschrift zu diesem Zeitpunkt noch nicht fertig gestellt worden ist. Die Nummerierung der Tagesordnungspunkte bleibt der Übersicht halber bestehen.

Ein Gemeindevertreter der Fraktion UWG stellt den Antrag, dass zum Schutze der Gesundheit der Mitglieder der Gemeindevertretung eine weitere Beschlussvorlage zur Feststellung der außergewöhnlichen Notlage nach §50a BbgKVerf kurzfristig mit auf die Tagesordnung genommen wird. Aufgrund der aktuellen Pandemiesituation sei hier eine erhöhte Dringlichkeit gegeben. Mit dem Beschluss der außergewöhnlichen Notlage soll die Teilnahme der Mitglieder der Gemeindevertretung an den Sitzungen per Video bzw. Audio ermöglicht werden. Der Tagesordnungspunkt möge bitte erst dann behandelt werden, wenn das noch fehlende Mitglied der Fraktion DIE LINKE zur Sitzung erschienen ist.

Zu 4. Einwendungen zur Niederschrift der 27. Sitzung - öffentlicher Teil - TOP wird entfernt

Dieser Tagesordnungspunkt wird entfernt.

Zu 5. Bericht des Bürgermeisters

Der Bürgermeister berichtet über die aktuelle Corona-Lage in der Gemeinde Am Mellensee, welche aufgrund der zahlreichen positiven Fälle auch Auswirkungen auf das Betreuungsangebot in den Kitas hat. Die Kita Rehagen musste nun leider komplett geschlossen werden. In Absprache mit dem Schulamt wurde aufgrund der Personalverknappung nun auch der Frühhort in der Kita Sperenberg vorübergehend gestrichen. Es erfolgt keine Nachverfolgung mehr in den Einrichtungen durch das Gesundheitsamt. Die Gemeinde steht nun vor der Problematik, dass viele Eltern Anträge zur Reduzierung bzw. Rückerstattung der Kitabeiträge stellen. Früher erfolgte eine Kostenerstattung der entgangenen Beiträge durch den Landkreis. Diese Richtlinie ist jedoch ausgelaufen und wurde auch nicht durch das MBSJ verlängert. Man möge nun darüber nachdenken, eine vorübergehende Kürzung der Kitabeiträge durch die Gemeindevertretung zu beschließen. Diese Problematik soll nochmal im nächsten Finanz- und Wirtschaftsausschuss im Januar sowie anschließend in der Sitzung der Gemeindevertretung im Februar thematisiert werden.

Des Weiteren informiert der Bürgermeister über anstehende Beratungstermine zur Kita-Bedarfsplanung am 09.12.2021 sowie zur Thematik Pflege vor Ort mit dem DRK Cottbus am 10.12.2021.

Abschließend geht er noch kurz auf den aktuellen Sachstand bzgl. der Vergabe des Strandbades Mellensee ein. Hier gab es kürzlich vier Besichtigungen von möglichen Interessenten.

Ein Mitglied der Fraktion UWG fragt bzgl. der angesprochenen Thematik Pflege vor Ort nach, ob der Antrag für die Fördermittel für das aktuelle Kalenderjahr noch in diesem Jahr gestellt werde, damit die Gemeinde die Fördermittel auch noch für 2021 erhalte.

Der Bürgermeister erklärt, dass der Fördermittelantrag bereits fertiggestellt wurde. Nach abschließender Klärung bzgl. der Richtlinien im persönlichen Beratungsgespräch vor Ort am 10.12.2021, wird der Antrag umgehend eingereicht.

Zu 6. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Anfragen von Einwohnern vor.

Zu 7. BSV - 134/28/2021 - Bestellung der Kinder- und Jugendbeauftragten der Gemeinde Am Mellensee

Mit dieser Beschlussvorlage sollen, nachdem nun alle Voraussetzungen geschaffen wurden, die beiden Bewerber in das Ehrenamt Kinder- und Jugendbeauftragte eingesetzt werden.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung gibt dem anwesenden geladenen Bewerber Herrn Fredrick Stenzel die Gelegenheit, sich den Mitgliedern der Gemeindevertretung persönlich vor Ort vorzustellen.

Da keine weiteren Fragen der Gemeindevertretung vorliegen, bittet der Vorsitzende der Gemeindevertretung um Abstimmung zur Beschlussvorlage.

Beschluss-Nr.: 320/28/2021

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt, das Ehrenamt des Kinder- und Jugendbeauftragten der Gemeinde Am Mellensee mit folgenden Personen zu besetzen:

Frau Manuela Klaus
Herr Fredrik Stenzel

Diese nehmen ihre Rechte und Pflichten als Gremium wahr.

Die gewählten Mandatsträger stellen sich den Kindern bzw. Jugendlichen der Gemeinde Am Mellensee zeitnah entsprechend ihrer Möglichkeiten vor. Denkbar wäre hier u.a. der Aushang

eines Steckbriefes in allen Einrichtungen bzw. ein Auftritt auf der Internetseite der Gemeinde sowie ein Besuch in den Einrichtungen vor Ort.

<u>Abstimmungsverhältnis:</u>	13 Ja-Stimmen	
	0 Nein-Stimmen	
	0 Enthaltungen	angenommen

Zu 8. BSV 135/28/2021 - Beschluss des überplanmäßigen Aufwands / Auszahlung für die Maßnahme I17-0031 Um- und Anbau Sportfunktionsgebäude Kummersdorf-Gut

Der Vorsitzende des Finanz- und Wirtschaftsausschusses erklärt, dass dieser der vorliegenden Beschlussvorlage in seiner Sitzung am 29.11.2021 einstimmig zugestimmt hat.

Da keine weiteren Fragen der Mitglieder der Gemeindevertretung an die Verwaltung vorliegen, bittet der Vorsitzende der Gemeindevertretung um Abstimmung.

Beschluss-Nr.: 321/28/2021

Die Gemeindevertretung beschließt den überplanmäßigen Aufwand / Auszahlung für die Maßnahme I17-0031 Um- und Anbau Sportfunktionsgebäude Kummersdorf-Gut in Höhe von 50.000,00 €.

<u>Abstimmungsverhältnis:</u>	13 Ja-Stimmen	
	0 Nein-Stimmen	
	0 Enthaltungen	angenommen

Zu 9. BSV 136/28/2021 - Beschluss des überplanmäßigen Aufwands / Auszahlung für die Maßnahme I17-0016 Fahrzeughalle FFW Gadsdorf

Bevor über diese Beschlussvorlage diskutiert wird, stellt der Vorsitzende der Gemeindevertretung auf Antrag der Bauverwaltung und im Ergebnis des FW-Ausschusses vorab den Antrag zur Anpassung der Kostensumme im Beschlusstext und verliest eine kurze Begründung dazu.

Die Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr Gadsdorf wünschen eine begehbare Decke über den Umkleideräumen. Die Mehrkosten belaufen sich auf ca. 10 Tsd. Euro. Diesbezüglich empfahl der Wirtschafts- und Finanzausschuss eine Erhöhung des überplanmäßigen Aufwands von ursprünglich 70 Tsd. Euro auf 80 Tsd. Euro.

Beschluss-Nr.: 322/28/2021

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt auf Antrag der Bauverwaltung und im Ergebnis des Finanz- und Wirtschaftsausschusses die Erhöhung des planmäßigen Aufwands für die Maßnahme I17-0016 Fahrzeughalle FFW Gadsdorf um 10 Tsd. Euro auf insgesamt 80.000,00 €.

<u>Abstimmungsverhältnis:</u>	13 Ja-Stimmen	
	0 Nein-Stimmen	
	0 Enthaltungen	angenommen

Ein Mitglied der Fraktion CDU fragt nach, ob die begehbare Decke auch mit der Gemeindewehr-führung abgestimmt wurde.

Der Teamleiter der Bauverwaltung erklärt, dass die Gemeindewehr-führung dieser Änderung in der Bauausführung zugestimmt habe.

Auch der Finanz- und Wirtschaftsausschuss hat dieser Änderung, wenn auch nur zähneknirschend, einstimmig zugestimmt.

Die Gemeindevertreterin Frau Schulze betritt den Sitzungsraum um 19:23 Uhr.
Es sind nun 14 Gemeindevertreter anwesend.

Das Mitglied der Partei Freie Wähler Am Mellensee fragt nach, wie es generell zu den Mehrkosten gekommen ist.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung verweist auf die detaillierte Aufstellung der geplanten sowie tatsächlich ermittelten Kosten für die Errichtung der Fahrzeughalle in der Begründung der Beschlussvorlage. Für die geforderte begehbare Zwischendecke werden nun weitere 10 Tsd. Euro benötigt

Es wird nochmal hinterfragt, warum der Innenausbau im Ergebnis doppelt so teuer geworden ist, als ursprünglich veranschlagt.

Der Teamleiter der Bauverwaltung erklärt, dass die Preise bzw. Angebote für den geplanten Bau bereits aus den Jahren 2017/2018 stammen. Im Laufe des vergangenen Jahres kam es am Markt zu einer massiven Preissteigerung für Materialien sowie für Dienstleistungen. Aus diesem Grunde habe man bei der öffentlichen Auftragsvergabe kein Unternehmen finden können, der den Innenausbau innerhalb der damals veranschlagten Kosten durchführen wollte bzw. konnte. Es lag zwar ein Angebot über 44 Tsd. Euro für den Innenausbau vor, jedoch habe das Budget für diese Maßnahme nicht ausgereicht, um den Auftrag vergeben zu können. Man schätze den Innenausbau aktuell auf ca. 35 Tsd. Euro und hoffe schnellstmöglich ein Bauunternehmen zu finden.

Auf die Rückfrage, ob denn die Baumaßnahme noch teurer werden könnte, könne man aufgrund der aktuellen Situation nicht beantworten.

Ein Mitglied der Fraktion SPD fragt nach, wieviel Geld denn für die Maßnahme Gehwegsanierung noch vorhanden ist, da die Mehrkosten für die Fahrzeughalle in Gadsdorf nun auch wieder aus dieser Investition gedeckt werden sollen. Ursprünglich waren für die Gehwegsanierung eine Mio. Euro eingeplant worden.

Der Vorsitzende des FW-Ausschusses erklärt, dass Dank der Bauverwaltung, welche eine Menge Fördermittel für die Gehwegsanierung beantragt und auch genehmigt bekommen hat, ein erheblicher Teil der geplanten Investitionskosten eingespart werden konnten. Dadurch könne man deutlich mehr Gehwege sanieren, als ursprünglich geplant waren.

Der Teamleiter der Bauverwaltung ergänzt, dass ursprünglich 150 Tsd. Euro für die Planung und eine Mio. Euro für die Ausführung der Gehwegsanierung eingeplant wurden. Aufgrund von pauschal erhaltenen Zuschüssen bzw. Beiträgen vom Land in Höhe von ca. 100 Tsd. Euro pro Jahr für die Gehwegsanierung konnten über die letzten drei Jahre hinweg Gelder angespart werden. Mit diesem Geld konnte der Eigenanteil der Anwohner für die geplante Gehwegsanierung im Ortsteil Klausdorf abgedeckt und somit die Anwohner finanziell zu entlastet werden. Normalerweise würden die Anwohner nach Kommunalen Abgabengesetz (KAG) zur Hälfte an den Kosten für die Gehwegsanierung beteiligt werden. Für den Eigenanteil der Gemeinde wurden bereits weitere Fördermittel in Höhe von 75% der Investitionskosten beantragt. Sollten die Fördermittel bewilligt werden, läge der Eigenanteil der Gemeinde für die Gehwegsanierung in Klausdorf bei nur noch 12,5%. Aus diesem Grund ist es aktuell möglich, weitere Gelder aus den Investitionstopf für die Gehwegsanierung für andere überplanmäßige Ausgaben zu entnehmen. Die Gehwegsanierung im Ortsteil Mellensee ist aktuell in Planung. Auch hierfür sollen noch weitere Fördermittel beantragt werden.

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE möchte wissen, ob das Land die Förderung auch wirklich übernimmt, da ja schon einen Bürgersteig vorhanden ist.

Der Teamleiter der Bauverwaltung erklärt, dass wenn es noch keinen Bürgersteig geben würde, würde das KAG nicht greifen, da es sich dann um Ausbaubeiträge nach Baugesetzbuch handeln würde. Aufgrund des grundhaften Ausbaus bestehender Gehwege nach DIN-Vorschriften dürfen die gezahlten Mittel des Landes dafür verwendet werden.

Da es keine weiteren Fragen mehr gibt, bitte der Vorsitzende der Gemeindevertretung um Abstimmung zur Beschlussvorlage.

Beschluss-Nr.: 323/28/2021

Die Gemeindevertretung beschließt den überplanmäßigen Aufwand / Auszahlung für die Maßnahme I17-0016 Fahrzeughalle FFW Gadsdorf in Höhe von 80.000,00 €.

Abstimmungsverhältnis:

14 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

angenommen

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung fügt nun den zusätzlichen Tagesordnungspunkt zur Feststellung der außergewöhnlichen Notlage nach § 50a BbgKVerf hinzu.

Zu 10. (Neu) Antrag auf BSV - Feststellung der außergewöhnlichen Notlage nach § 50a BbgKVerf – TOP wird nach TOP 9 hinzugefügt

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung erteilt einem der Einreicher dieser Beschlussvorlage das Wort.

Ein Mitglied der Fraktion UWG erklärt, dass man sich bzgl. der Online-Teilnahme an den Sitzungen nochmal mit der Kommunalverfassung befasst habe. Es gebe schon einen Paragraphen in der Kommunalverfassung des Landes, wodurch eine Teilnahme an den Sitzungen per Video möglich ist. Trotzdem sollte man in der jetzigen Situation zusätzlich den § 50a nutzen. Aus diesem Grund soll die außergewöhnliche Notlage kurzfristig beschlossen werden. Im Beschlusstext müsste jedoch noch eine kleine Änderung bzgl. der Gültigkeit der Notlage geändert werden. Laut § 50a ist der Beschluss zur Notlage angemessen zeitlich zu befristen bzw. vorzeitig aufzuheben. Aus diesem Grund soll die Feststellung der Notlage vorerst bis zum 31.03.2022 befristet und der Beschlusstext demzufolge angepasst werden.

Der Bürgermeister ergänzt, dass laut § 50a BbgKVerf dieser gefasste Beschluss der Kommunalaufsicht des Landkreises Teltow-Fläming anzuzeigen ist und auch vorzeitig aufgehoben werden kann, sofern keine Notlage mehr vorliege.

Beschluss-Nr.: 324/28/2021

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt:

Mit sofortiger Wirkung stellt die Gemeindevertretung die außergewöhnliche Notlage nach §50a BbgKVerf fest. Die Feststellung ist befristet bis zum 31.03.2022. Die Verwaltung wird aufgefordert, rechtsicher zu klären, ob die Zuschaltung auch im nichtöffentlichen Teil erfolgen kann, da dies explizit in der BbgKVerf nicht geregelt wird. Außerdem erfolgt die unverzügliche Anzeige dieses Beschlusses bei der Kommunalaufsicht des Landkreises Teltow-Fläming.

Abstimmungsverhältnis:

14 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

angenommen

Der Bürgermeister erklärt abschließend, dass dieser Beschluss für die Verwaltung bindend sei, auch wenn er nicht zuvor auf der Tagesordnung stand.

Zu 11. (Neu) Antrag auf BSV - Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen

Die Einreicherin dieser Beschlussvorlage erklärt, dass im Zusammenhang mit dem Geh- und Radwegprojekt entlang der Alten Horstfelder Straße im Ortsteil Mellensee laut Erschließungskostensatzung der Gemeinde Am Mellensee 90% der Kosten von den Anliegern zu tragen wären. Man hatte bereits in einem anderen Fall auch mal den Beschluss gefasst, die Anlieger komplett von einer Kostenbeteiligung an einem angrenzenden Radweg zu befreien. Mit dieser

Beschlussvorlage soll nun ein Änderungsvorschlag eingebracht werden, dass die Gemeindevertretung projektbezogen auf die vollständige Erhebung von Erschließungsbeiträgen der Anlieger verzichten könne, wenn per vorherigen Beschluss ein überwiegend öffentliches Interesse festgestellt wird. Laut § 135 Abs. 5 BauGB bestehe die Möglichkeit, auf die Erhebung von Erschließungsbeiträgen nur im Einzelfall zu verzichten, wenn ein öffentliches Interesse festgestellt wurde oder die Erhebung eine besondere Härte darstellen würde. Die aktuell gültige Satzung sieht allerdings keinen Verzicht vor. Deshalb soll der § 4 der Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen in der Gemeinde Am Mellensee dementsprechend ergänzt werden.

Das Mitglied der Partei Freie Wähler Am Mellensee erklärt, dass es sich bei dem Radweg um einen Erstausbau bzw. eine Erweiterung handle und diese Regelung somit nicht greifen würde. Außerdem müsste man die Satzung diesbezüglich nicht ändern, da dieser Sachverhalt schon im Baugesetzbuch geregelt wurde. Des Weiteren sollen im Land Brandenburg die Erschließungskostenbeiträge sowieso abgeschafft werden.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung ergänzt, dass die Zuschüsse vom Land nur für die grundhafte Instandsetzung von bereits vorhandenen Geh- und Radwegen genutzt werden können. An dieser Stelle wäre jedoch noch kein Geh- bzw. Radweg vorhanden.

Der Bürgermeister erklärt, dass es sich bei der Schaffung dieses Gehweges eindeutig um eine erstmalige Herstellung handelt. Es habe nicht mit einem Ausbau der Straße zu tun, da diese Sache auch über die Gemeinde laufen soll. Die grundsätzliche Frage zur Aufhebung der Erschließungskostenbeiträge sei das eine, das andere ist das aktuell noch laufende Volksbegehren zu den Sandpisten, dessen Ergebnis abzuwarten wäre.

Das Mitglied der Partei Freie Wähler Am Mellensee hinterfragt, ob es sich bei dieser Straße um eine gewidmete Straße handelt.

Der Teamleiter der Bauverwaltung bestätigt, dass es sich um eine gewidmete Straße handelt und erklärt, dass es sich vom Grundsatz her bei der Neuherstellung eines noch nicht vorhandenen Geh- und Radweges entlang einer Straße um eine Erschließung handle und demzufolge nach Erschließungsbeitragsrecht laut Baugesetzbuch zu behandeln ist, es sei denn das Gericht stellt etwas anderes fest. Es gebe hierzu jedoch verschiedene Gerichtsurteile. Es komme immer darauf an, ob jemand klagt. Es gebe aber auch Rechtsprechungen, die besagen, dass wenn ein Geh- und Radweg entlang einer gewidmeten Straße entsteht, die Beteiligung nach KAG zu regeln ist. In dem Fall werden die Beiträge nicht von den Bürgern bezahlt, sondern vom Land.

Das Mitglied der Partei Freie Wähler Am Mellensee stellt nochmal fest, dass wenn die Kostenbeteiligung an den Beiträgen mit diesem Beschluss aufgehoben wird, die Gemeinde dafür aufkommen müsse. Er bezweifelt außerdem die Rechtmäßigkeit der Feststellung eines überwiegend öffentlichen Interesses durch die Mitglieder der Gemeindevertretung. Man möge diese Entscheidung gut überdenken,

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung fasst nochmal kurz zusammen, dass nach geltendem Gesetz die Bürger sowie die Gemeinde für die Erschließung (Neuherstellung) zuständig sind. Man könne jedoch gegen alles klagen. Einige Richter entscheiden dann, ob es sich um eine Erschließung oder evtl. um eine Instandsetzung handle. Im Falle einer Instandsetzung nach KAG würde das Land für die Kosten aufkommen. Für den Fall, dass es sich um eine Erschließung handelt, würde die Erschließungsbeitragssatzung darauf aufbauen.

Die Einreicherin der Beschlussvorlage begründet nochmal die Notwendigkeit dieser Beschlussvorlage. Mit dieser Änderung soll ein genereller Verzicht von Anliegerbeiträgen für Projekte, welche im überwiegend öffentlichen Interesse liegen, ermöglicht werden. Dazu sei in jedem Fall ein Beschluss der Gemeindevertretung notwendig. Sollte das laufende Volksbegehren Sandpisten angenommen und entsprechende Regelungen getroffen werden, hätte die Erschließungskostenbeitragssatzung keine Bedeutung mehr.

Beschluss-Nr.: 325/28/2021

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt die Ergänzung des § 4 der Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen in der Gemeinde Am Mellensee um den Absatz: „Die Gemeinde kann projektbezogen ganz oder teilweise auf die Erhebung von Erschließungsbeiträgen verzichten, wenn per Beschluss ein überwiegend öffentliches Interesse festgestellt wird.“

Abstimmungsverhältnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

angenommen

Zu 12. (Neu) Antrag auf BSV - Richtlinie für den privatfinanzierten Gehwegausbau in der Gemeinde Am Mellensee

Ein Einreicher der Beschlussvorlage erklärt, dass in Kooperationen der beiden Fraktionen UWG sowie DIE LINKE eine Richtlinie für den privatfinanzierten Parkplatzbau/befestigten Randstreifen in der Gemeinde Am Mellensee erarbeitet wird.

Der Bürgermeister ist über diese eingereichte Beschlussvorlage sehr verwundert, da man seit mehreren Sitzungen und sogar über Jahre hinweg darüber spricht, die Grünstreifen an den Straßen in der Gemeinde zu erhalten und parkende Autos auf den Randstreifen zu unterbinden. Diese Richtlinie würde in die entgegengesetzte Richtung laufen und man würde damit dem entgegenwirken, was man in den letzten Jahren alles erarbeitet bzw. beschlossen hat. Aus dem Grund könne er dieser Beschlussvorlage nicht zustimmen.

Der Teamleiter der Bauverwaltung erklärt, dass er die Randbedingungen dieser Beschlussvorlage nicht versteht, da ein privatfinanzierter Parkplatzbau in der Gemeinde eher die Ausnahme sei. Es gibt aktuell nur einen Antrag eines Bürgers für einen privaten Parkplatz. Man diskutiere schon seit vier Bauausschusssitzungen darüber, komme aber in diesem Zusammenhang zu keinem Ergebnis. Es stellt sich die Frage, wie man an einer bereits existierenden Straße einen befestigten Randstreifen, der eine gewisse Ausbauqualität hat und in die gemeindliche Baulast übernommen werden kann, definieren könne. Außerdem ist zu klären, ob es sich um eine Richtlinie oder laut Begründung um eine Satzung, welche bei Erfüllung aller aufgeführten Kriterien rechtlich bindend ist, handeln soll. Diese Beschlussvorlage werfe so viele Fragen und Widersprüche auf. Es gebe bereits eine Richtlinie für den privatfinanzierten Gehwegbau. Jeder Bürger kann diesbezüglich einen Antrag in der Verwaltung stellen, welcher anschließend durch die Bauverwaltung individuell vor Ort geprüft wird. An ausgebauten Straßen, die eine Bordsteinlage mit einer vernünftigen Höhe ausweisen, wurden solche Anträge der Bürger in der Vergangenheit größtenteils befürwortet. Der Gemeinde sei jedoch nicht geholfen, wenn man zukünftig Bürgersteige habe, die als Berg- und Talfahrt fungieren. Außerdem gebe es zu bedenken, dass jede Absenkung des Bürgersteiges aufgrund einer genehmigten Zufahrt ein Zwangspunkt ist, der bei jeder weiteren Planung eingehalten werden muss. Es handelt sich bei jedem geprüften Antrag um Einzelfallentscheidungen. Des Weiteren sollen die Bürger bei einem grundhaften Ausbau der Gehwege nicht mehr nach KAG finanziell beteiligt werden. Sollte das Volksbegehren „Sandpisten“ positiv verlaufen, werden auch die Erschließungsbeiträge für den erstmaligen Ausbau der Gehwege zukünftig nicht mehr über die Bürger, sondern über das Land finanziert. Demzufolge wird so eine Richtlinie bzw. Satzung für die Bürger wahrscheinlich uninteressant.

Die Vorsitzende des Bauausschusses erklärt, dass man dazu schon öfter debattiert habe und in diesem Zusammenhang zu keinem Ergebnis gekommen ist. Deshalb wurde diese Beschlussvorlage in die Gemeindevertretung eingebracht.

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE erklärt, dass der Parkplatzbau nun mit der Richtlinie für den privatfinanzierten Gehwegbau vermischt wurde. An diese bestehende Richtlinie soll mit dieser Beschlussvorlage nicht rangegangen werden. Ursprünglich sollte alles zusammen in eine Richtlinie gepackt werden, was jedoch nicht möglich ist. Des Weiteren ergänzt sie, dass ein Rückbau des Parkplatzes innerhalb einer bestimmten Frist nur erfolgen soll, wenn z.B. eine Straße in Zukunft grundhaft ausgebaut werden soll.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung erklärt, dass sich der Bauausschuss aufgrund der genannten Hinweise der Bauverwaltung nochmal mit dieser Thematik befassen solle, da man aktuell nicht richtig vorankomme.

Der Bürgermeister ergänzt, dass man diese Thematik im Zusammenhang mit der Überarbeitung der Satzung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nochmal mit aufnehmen solle.

Die Beschlussvorlage wird durch die Antragstellerin zurückgezogen und in den Bauausschuss verwiesen.

Zu 13. (Neu) Information zum Kostenangebot für den Kauf bzw. Mietung einer Sitzungs- mikrofonanlage

Der Bürgermeister erklärt, dass im Laufe des aktuellen Tages zwei von insgesamt fünf abgeforderten Angeboten eingegangen sind. Die weiteren Unternehmen haben aufgrund der schwierigen Bedingungen am Markt um Aufschub gebeten. Aus diesem Grund möge man nun noch abwarten, bis die restlichen Angebote der Mitbewerber eintreffen, um anschließend alles zusammen zu besprechen.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung erklärt, dass dem nichts entgegenstehe und vertagt diesen Tagesordnungspunkt auf die Sitzung der Gemeindevertretung im Januar des nächsten Jahres.

Zu 14. (Neu) Anfragen der Mitglieder der Gemeindevertretung

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung vertagt nach vorheriger Rücksprache die eingereichte Anfrage von einem abwesenden Mitglied der Fraktion SPD auf die nächste Sitzung. Des Weiteren liegt noch eine offene Anfrage aus der November-Sitzung des Hauptausschusses von einem Mitglied der Fraktion DIE LINKE vor. Die Frage bzgl. der Vergabe des Strandbades wurde bereits im Bericht des Bürgermeisters beantwortet. Zu beantworten wäre noch, wie der aktuelle Sachstand zu dem zu verkaufenden Arztgrundstück ist. Außerdem gebe es wohl die Möglichkeit, dass eine neue Arztpraxis auf dem Borsiggelände eingeplant werden könne.

Der Bürgermeister erklärt, dass es sich dem Arztgrundstück um ein Grundstück der WVaM handelt und es laut Aussage des Immobilienmaklers seit vergangener Woche einen Mediziner als Interessenten gibt. Weitere Informationen dazu liegen ihm jedoch aktuell nicht vor. Des Weiteren ist es richtig, dass sich die Investoren des B-Plans auf dem ehemaligen Borsiggelände eine Arztpraxis vorstellen können. Das wird sich in den weiteren Planungen herausstellen.

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE fragt, inwieweit die Überprüfung bzw. Überarbeitung der Flächennutzungspläne durch die Ortsbeiräte vorangeschritten ist. Dies sollte in der Beratung der Ortsvorsteher thematisiert werden.

Der Bürgermeister erklärt, dass in der letzten Sitzung der Ortsvorsteher zum Jahresende andere wichtige Themen eine höhere Priorität hatten. Des Weiteren sehe er eine Ermittlung von Baugrundstücken durch die Ortsbeiräte skeptisch, da den Ortsbeiräten entsprechende Hintergrundinfos, wie z.B. Grundstückseigentümer fehlen. Dies sollte in Zusammenarbeit mit dem Bereich Liegenschaften im Finanz- und Wirtschaftsausschuss besprochen werden. Man könne sich zur nächsten Sitzung der Ortsvorsteher Anfang nächsten Jahres nochmal darüber unterhalten.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung äußert, dass die Ortsbeiräte schon bei der Planung bzw. Überarbeitung der Flächennutzungspläne mit eingebunden werden sollten, da es das Ergebnis der Klausurtagung aus dem Monat Mai dieses Jahres war.

Der Bürgermeister erklärt, dass der Flächennutzungsplan der Gemeinde Am Mellensee aufgrund der bisherigen Entwicklungen der Gemeinde grundsätzlich überarbeitet werden müsse und man in diesem Zusammenhang die Ortsbeiräte daran beteiligen könne, so wie es gesetzlich auch vorgesehen ist.

Ein Mitglied der Fraktion CDU bestätigt die Beteiligung der Ortsbeiräte an der Überarbeitung des Flächennutzungsplanes, da sich diese in den Ortsteilen besser auskennen als alle anderen. Der Bürgermeister ergänzt, dass man hier unterscheiden müsse. Das Mitglied der Fraktion CDU sprach eben von der normalen Bebauung nach § 34 BauGB, d.h. es handelt sich um vorhandene bebaubare Objekte. Bei der ursprünglichen Anfrage von dem Mitglied der Fraktion DIE LINKE sowie dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung gehe es eher darum, wo in der Gemeinde zusätzliche Erschließungen erfolgen können.

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE erklärt, dass es sich um ein Missverständnis handle. In der Klausurtagung wurde besprochen, dass man keine neuen großen Wohngebiete mehr schaffen möchte, sondern man solle eher die vorhandenen Baulücken in den Orten dafür nutzen und dies mit dem Flächennutzungsplan abgleichen. Deshalb sollen die Ortsbeiräte den Auftrag zur Überarbeitung des Flächennutzungsplans für Ihre Ortsteile erhalten.

Der Teamleiter der Bauverwaltung erklärt, dass das Baurecht komplett unabhängig vom Flächennutzungsplan über das Baugesetzbuch geregelt werde. Der Flächennutzungsplan sei dabei die unterste Ebene bzw. die erste Stufe der gemeindlichen Planung. Darin wird durch die Gemeinde aufgezeigt, welches Interesse bzgl. der Flächen in der Gemeinde bestehe, d.h. wie die vorhandenen Flächen bebaut bzw. genutzt werden sollten. Daraus resultiere noch kein Baurecht. Im weiteren Planungsschritt sei der Flächennutzungsplan fördernd, falls an dieser Stelle schon Bebauungsfläche ausgewiesen ist. Alles, was zur inneren Bebauung gehört, regelt sich über § 34 BauGB.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung beendet damit die Diskussion.

Der Bürgermeister spricht in Zusammenhang mit der letzten Sitzung des BSK-Ausschusses die Thematik der CO₂-Messanlagen (Testgeräte) in der Grundschule Mellensee an. Man wollte zunächst in Erfahrung bringen, wer das veranlasst habe und vor allem wie bzw. wo diese vorhandenen Testgeräte in den Schulen angebracht wurden. Der kompletten Verwaltung war von diesem Sachverhalt bisher nichts bekannt. Auf Nachfrage bei den Schulen stellte sich heraus, dass das Ministerium die Schule bereits vor zwei Jahren mit zwei CO₂-Messgeräten zur Probe ausgestattet habe. Der Verwaltung lag dazu jedoch keine Information vor. Dank eines Mitglieds der Fraktion UWG habe man davon nun Kenntnis genommen. Selbst dem Hausmeister der Schule in Mellensee war dies unbekannt. Es handelt sich dabei um ein kleines Messgerät, welches anschlägt, wenn der CO₂-Anteil in der Luft einen gewissen Grenzbereich erreicht. Ob so etwas auch in der Schule in Sperenberg vorliege, könne er nicht sagen.

Ein Mitglied der Fraktion UWG erklärt, dass es in diesem Zusammenhang wichtig wäre, dass diese Messgeräte (CO₂-Ampeln) fachgerecht in einer empfohlenen Höhe angebracht bzw. installiert werden, da sonst evtl. die CO₂-Werte nicht korrekt gemessen werden können. Damit könne man ein unnötiges Lüften der Klassenräume bei den kalten Temperaturen ausschließen. Der Vorsitzende der Gemeindevertretung erklärt, dass man dies nachträglich überprüfen und die Geräte dementsprechend korrekt anbringen könne.

Ein Mitglied der Fraktion UWG ergänzt, dass man sich der Sache annehmen möge. Die Grundschule in Sperenberg sei ebenfalls im Besitz von zwei solchen CO₂-Messgeräten.

Ein Mitglied der Fraktion UWG erklärt, dass die Besetzung der offenen Fördermittelstelle bisher noch nicht funktioniert hat und bittet den Bürgermeister diesbezüglich um weitere Ideen.

Der Bürgermeister antwortet, dass die Stelle weiterhin über das Portal ausgeschrieben werde. Eine Interessentin habe trotz eines positiven Vorstellungsgesprächs leider noch kurzfristig abgesagt, da sie andere Vorstellungen von dieser Stelle hatte. In diesem Zusammenhang erklärt der Bürgermeister, dass die Stelle der Teamleiterin des Teams I zum 01.02.2022 neu besetzt werde und eine Einarbeitung durch die derzeitige Teamleiterin erfolgen könne, sofern diese ab dem neuen Jahr wieder im Dienst ist. Die derzeitige Teamleiterin des Haupt-, Schul- sowie Personalamtes wird voraussichtlich zum 31.03.2022 aus der Verwaltung ausscheiden.

Ein Mitglied der Fraktion UWG fragt nach, ob die Luftfilteranlagen für den Speiseraum der Grundschule Sperenberg, welche vom Ministerium per Mail positiv beschieden wurden, durch die Verwaltung beantragt wurden.

Der Teamleiter der Bauverwaltung antwortet, dass dies aufgrund von Zeitmangel nicht beantragt werden konnte und diese Thematik eher beim Hauptamt angesiedelt sei.

Ein Mitglied der Fraktion UWG erklärt, das gleiche Problem bei der Sporthalle in Sperenberg vorliege, da die Fenster dort auch nicht zu öffnen sind. Hier stelle sich die Grundsatzfrage, warum dies nicht möglich ist. Sollten diese aus einem triftigen Grund nicht zu öffnen sein, wäre dies auch förderfähig.

Der Teamleiter der Bauverwaltung erklärt, dass man die Fenstergriffe abmontiert habe, da oftmals vergessen wurde, die Fenster nach dem Sport wieder zu verschließen. Neue Fenstergriffe wurden bereits bestellt, so dass die Fenster in Zukunft wieder geöffnet werden können und somit ein kontrolliertes Lüften möglich sei. Es müsse dann jedoch regelmäßig kontrolliert werden, dass die Fenster nach dem Sport auch verschlossen sind.

Ein Mitglied der Fraktion UWG spricht die Thematik Vergabe der Friedhofspflege an und möchte wissen, ob das im nichtöffentlichen Teil besprochen werde.

Der Bürgermeister erklärt, dass dies im öffentlichen Teil erfolgen könne, und man auf Firmennamen verzichten könne. Die Vergabe der Friedhofspflege von 2019 ist durch die Verwaltung nochmal grundsätzlich geprüft worden. Es liegt ein handschriftlich unterschriebener Vertrag mit der beauftragten Firma aus 2019 vor. Es wird beanstandet, dass bei diesem Vertrag eine Kündigungsfrist einzuhalten wäre, um diesen Vertrag ordentlich zu beenden. Dies sei jedoch nicht der Fall. Die Unterlagen sind auf der Vergabepattform des Landes Brandenburg eingestellt worden. Es gab entsprechende Vorgänge sowie einen Aktenvermerk dazu, die im nichtöffentlichen Teil der Sitzung einsehbar sind. Es gebe keinerlei Verstöße aus der Sicht des Bürgermeisters sowie der Sachgebietsleiterin des Ordnungsamtes als auch der Kämmerin. Alle Unterlagen wurden nachträglich nochmal durch den Bürgermeister geprüft. Von Seiten der Verwaltung ist daher kein Mangel festzustellen. Sollte es eine entsprechende Beanstandung bzw. Klage geben, hat die entsprechende Firma die Möglichkeit rechtlich gegen die aktuelle Vergabe der Friedhofspflege 2022/2023 vorzugehen.

Ein Mitglied der Fraktion UWG erklärt, dass es nicht um die aktuelle Vergabe der Friedhofspflege gehe, sondern um die vorherige Vergabe im Zusammenhang mit dem geschlossenen Dienstleistungsvertrag. Bestandteil der damaligen Vergabe waren Unterlagen, die unter anderem eine Befristung des Vertrages auf zwei Jahre beinhalteten mit der Maßgabe, dass sich der Vertrag um ein weiteres Jahr verlängert, sofern nicht eine der beiden Parteien mit einer Frist von drei Monaten vorher kündigt. Sollte das so in den Vergabeunterlagen wie dem Leistungsverzeichnis gestanden haben, so ist dies automatisch fester Bestandteil des Vertrages.

Der Bürgermeister erklärt, dass dies nicht der Fall sei. Man habe sämtliche Unterlagen u.a. das Leistungsverzeichnis überprüft und habe in diesem Zusammenhang Unterschiede zwischen den damaligen Vergabeunterlagen der Verwaltung von der Vergabepattform und den zur Prüfung eingereichten Unterlagen festgestellt. Bei der ersten Vergabe der Friedhofspflege im Jahr 2017 gab es so eine vertragliche Vereinbarung, jedoch sei dies nicht rechtlich zulässig gewesen. Man habe dann mit dem damaligen Unternehmen die entsprechende Regelung bzgl. der Kündigungsmodalitäten während des Vertrages geglättet. Im Jahr 2019 wurde dann die Leistung rechtlich sicher und ordentlich ausgeschrieben, so dass der Vertrag nach zwei Jahren automatisch ausläuft und die Leistung der Friedhofspflege entsprechend neu ausgeschrieben wird. Dies treffe im Übrigen auch auf die Vergabe des Winterdienstes zu.

Die komplette Akte zu diesem Sachverhalt soll im nichtöffentlichen Teil der Sitzung nochmal angeschaut werden.

Zu 15. (Neu) Sonstiges

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung geht auf das ihm zugegangene Rundschreiben des Städte- und Gemeindebundes bzgl. der Regelungen der vierten Eindämmungsverordnung im Rahmen der kommunalen Körperschaften ein. Prinzipiell sei man davon nicht betroffen, dennoch sollte man sich zum Schutze aller Gedanken über die Durchführung zukünftiger Sitzungen machen. Es obliegt der Entscheidung der Gemeindevertretung, welche Regelung (2G oder 3G) für zukünftige Sitzungen Anwendung findet. Der Vorsitzende der Gemeindevertretung selbst empfiehlt die 3G-Regelung. Natürlich müsse das alles auch umsetzbar und händelbar sein. Es müssen klare Richtlinien bzgl. der Einlasskontrolle erarbeitet werden. Alle Bedingungen müssen im Vorfeld geklärt und für die Einwohner nach außen kommuniziert werden, da der Vorsitzende der Gemeindevertretung dafür haftet, wenn dagegen verstoßen werde.

Ein Mitglied der Fraktion UWG spricht sich trotz des erhöhten Aufwandes für die Umsetzung der 3G-Regelung aus. Ein Mitarbeiter des Ordnungsamtes könne die Einlasskontrolle mit der entsprechenden Technik zum Scannen der Impfzertifikate durchführen.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung ergänzt, dass man nicht unbedingt die Technik benötige, sondern das Vorzeigen des Zertifikates im Zusammenhang mit dem Ausweises ausreichen würde.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Bürger bzw. Mitglieder der Gemeindevertretung den entsprechenden 3G-Nachweis zum einen in Papierform (Impfpass bzw. gedruckte Impfzertifikate)

und zum anderen digital (Impfzertifikat auf dem Handy) erbringen können. Man sei dazu verpflichtet sich die Nachweise im Zusammenhang mit dem Ausweis anzuschauen und zu prüfen. Es sei nicht unbedingt notwendig die Technik mit der entsprechenden Software zum Scannen der Zertifikate zu beschaffen bzw. vorzuhalten. Man habe als Verwaltung einen entsprechend höheren Aufwand nicht nur personeller Art, sondern auch finanziell gesehen, da man bei einer 3G-Regelung evtl. auch die Schnelltests zur Prüfung vor Ort bereitstellen müsse. Diese müssten dann auch erst beschafft werden. Aus diesem Grund könnte man im Vorfeld klären, dass die Besucher einen aktuellen Test aus einem Testzentrum vorlegen müssen, um Zutritt zur Sitzung zu erhalten. Die Vorlage von persönlichen Schnelltests von zu Hause seien hierfür nicht zulässig.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung ergänzt, dass der zusätzliche Aufwand so klein wie möglich gehalten werden sollte. Eine verpflichtende Testmöglichkeit vor Ort müsste im Vorfeld nochmal geprüft werden.

Ein Mitglied der Fraktion UWG weist nochmal darauf hin, dass das RKI eindeutig empfiehlt, dass für die Einlasskontrolle die CovPass Check App auf einem entsprechenden Gerät genutzt werden soll. Außerdem solle die Verwaltung auch bei allen Sitzungen die Kontrollen durchführen. Der Bürgermeister ergänzt, dass er sich noch keine richtigen Gedanken darüber machen konnte. Man werde den Sachverhalt intern in der Verwaltung prüfen.

Ein Mitglied der Fraktion UWG spricht sich ebenfalls für die 3G-Regelung aus, da es mittlerweile zum guten Ton der Gesellschaft gehöre.

Da es keine gegenteilige Meinung gibt, erklärt der Vorsitzende der Gemeindevertretung, dass sich die Gemeindevertretung bei zukünftigen Sitzungen für die 3G-Regelung entschieden hat und die Verwaltung dementsprechend beauftragt wird, die Umsetzung zu klären. Das Gleiche gilt auch für die Ausschüsse sowie die Ortsbeiräte.

Als nächstes spricht der Vorsitzende der Gemeindevertretung die von Eltern und Lehrern der Grundschule Sperenberg eingereichte Petition an, bei der es um die Ausstattung der Klassenräume mit UVC-Filtern gehe. Die Gemeindevertretung wird darum gebeten, die Schule bei den bisherigen Bemühungen zu unterstützen, die Klassenräume mit entsprechender Technik auszustatten, um die Kinder besser vor dem Corona-Virus zu schützen.

Ein Mitglied der Fraktion UWG erklärt, dass bei dieser Petition weit über 300 Unterschriften zusammengekommen sind. Man warte in diesem Zusammenhang schon seit ca. einem halben Jahr auf entsprechende Fördermittel, jedoch könne man es nun nicht länger hinausziehen. Aktuell macht man trotz der kalten Außentemperaturen regelmäßig Stoßlüftungen, so dass die Kinder in den Klassenräumen frieren und sich demzufolge warm einkleiden müssen. Allein dadurch kommt es zu Krankheitsausfällen bei den Kindern. Man habe das Volumen der benötigten Technik abgefragt. Nach Rückmeldung der Schule müssten insgesamt neun Klassenräume sowie der Speiseraum und die Sporthalle mit dieser Technik ausgestattet werden. Die Frage ist nun, ob man das Geld evtl. auch aus der Investition Gehwegprojekt nehmen könne oder ob möglicherweise noch andere finanzielle Mittel im Haushalt zur Verfügung stehen. Er habe aus der Kämmerei bisher noch keine Rückmeldung auf die Anfrage erhalten. Man sollte jedoch weiterhin auf mögliche Fördermittel schauen. Aktuell erhält man leider nur Fördermittel, wenn ein ausreichende Stoßlüften z.B. durch zu kleine bzw. feststehende Fenster nicht möglich ist. Seiner Meinung nach müssten die CO2-Ampeln in den Klassenräumen mit zusätzlichen CO2-Bloggern, welche neben den CO2-Wert auch die Temperaturen in den Klassenräumen protokollieren, erweitert werden. Die wöchentlich ausgewerteten Daten könne man dann an das Ministerium schicken, um auf die unzumutbare Situation aufmerksam zu machen. Demzufolge sollte jede Schule mit zwei Datenblogger und jeder Klassenraum in den beiden Schulen mit einer CO2-Ampel ausgestattet werden. Diese Geräte sind in der Anschaffung nicht so teuer wie die UVC-Filter, welche ca. zwei bis vier Tsd. Euro pro Gerät kosten und zudem aktuell eine sehr lange Lieferzeit haben. Man sollte hier unverzüglich handeln.

Der Bürgermeister erklärt, dass er sich ebenfalls mit der Anfrage befasst habe. In Zusammenarbeit mit dem Schulamt habe man die Anzahl der Räume sowie die anfallenden Kosten ermittelt. Insgesamt komme man in allen Einrichtungen auf 71 Räume, die mit Luftfiltergeräten ausgestattet werden müssten. Die CO2-Messer seien in den Geräten bereits verbaut. Unter Berücksichtigung der benötigten Gerätemenge sowie des Luftumwälzvolumens komme man auf

einen durchschnittlichen Einkaufspreis von ca. 3.500 Euro pro Gerät und folglich auf Gesamtkosten in Höhe von 248 Tsd. Euro. Nach Rücksprache mit der Kämmerei stehen diese benötigten finanziellen Mittel für diese Investition nicht zur Verfügung. Möglicherweise reiche das Budget im Haushalt noch für die CO2-Ampeln. Aufgrund der Größe dieser Investition müsse man sich jedoch entscheiden, ob man die CO2-Ampeln oder die Luftfiltergeräte anschaffen möchte. Er könne jedoch momentan noch nicht sagen, wie dies umgesetzt werden könne. Des Weiteren müsse man bedenken, dass die Beschaffung dieser Geräte aufgrund des Auftragswertes öffentlich ausgeschrieben werden muss. Zu Beachten sei auch, dass bei den Geräten noch keine Filterwechsel dabei sind und die Geräte auch regelmäßig gewartet werden müssen, was weitere Kosten verursacht. Diese seien aktuell nicht verifizierbar.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung informiert, dass sich die Gemeindevertreterin Frau Schuster um 20:45 Uhr ausgeloggt und somit die Sitzung verlassen hat. Es sind nun 13 Gemeindevertreter anwesend.

Ein Mitglied der Fraktion CDU erklärt, dass man sich in Hinblick auf die Beschaffung der Luftfilter an die Anweisungen des MBS halten solle. Laut MBS sollen die Schulen grundsätzlich aufs Lüften setzen, da die Luftfilter nur begrenzt wirksam seien und demzufolge ergänzend eingesetzt werden sollen. Der Einsatz solcher Geräte entbinde jedoch nicht vom regelmäßigen Lüften der Klassenräume. Dies sei eine Anweisung für die Schulen.

Ein Mitglied der Fraktion UWG bestätigt, dass dies nur ergänzend zum Lüften genutzt werden solle. Deshalb sollen auf jeden Fall die CO2-Ampeln und die Datenlogger beschafft werden. Diese seien von den Kosten auch nicht so hoch. Eine CO2-Ampel koste ca. 50 bis 100€ und der Datenlogger ca. 200€. Der Schulleitung sei auch ihm bewusst, dass dieser Wunsch bzgl. der Luftfilter nicht sofort umgesetzt werden könne. Als Kompromiss solle man zunächst nur die Klassen ausstatten, welche voll besetzt sind und wo demnach das Risiko der Ansteckung am größten sei. Er unterbreitet den Vorschlag, dass die beiden Schulen komplett mit CO2-Ampeln und je zwei Datenloggern, sowie die vollbesetzten Klassenräume mit Luftfiltergeräten ausgestattet werden.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung erklärt, dass man in der aktuellen Sitzung dazu keinen Beschluss fassen könne. Man könne die Verwaltung bitten, eine entsprechende Zuarbeit zu leisten oder alternativ eine Sondersitzung einberufen und da den Beschluss diesbezüglich fassen, um die Verwaltung entsprechend aufzufordern. Unter Einhaltung der Ladungsfrist könne die Sitzung frühestens ab dem kommenden Montag stattfinden.

Der Bürgermeister ergänzt, dass man sich aufgrund der genannten Hinweise zunächst in der Verwaltung Gedanken darüber machen und eine entsprechende Regelung bzgl. der Umsetzung erarbeitet müsse. Es gebe allerdings auch Bedenken des Ministeriums des Landes bzgl. der Wirksamkeit dieser Lüftungsgeräte, die man ebenfalls zu berücksichtigen habe. Er stimme der Ausstattung der Klassenräume mit CO-Ampeln sowie den Datenloggern zu und stimmt in diesem Zusammenhang nochmal die benötigte Anzahl in den Schulen ab.

Der Vorsitzende des Finanz- und Wirtschaftsausschusses bestätigt die Anschaffung der CO-Ampeln sowie Datenlogger und erklärt, dass dafür noch finanzielle Mittel im Haushalt vorhanden sein sollten. Man könne die Anschaffung z.B. über den Hauptausschuss beschließen lassen.

Der Bürgermeister ergänzt, dass es sich um eine sinnvolle Anschaffung handle, um das Stoßlüften durch die Lehrer besser zu steuern. Die Auswertung von Messwerten sollte man pro Schule auf ein Gerät begrenzen. Im Haushalt stehe auch noch ausreichend Budget zur Verfügung, so dass diese Geräte kurzfristig beschafft werden können.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung teilt mit, dass er die Einreicher der Petition über die getroffene Entscheidung bzgl. der Luftfilter informieren wird. Unabhängig davon wird die Verwaltung gebeten, sich über diese Luftfiltergeräte näher zu informieren, da es zu widersprüchlichen Aussagen bzgl. der Wirksamkeit und zum anderen keine einheitlichen Regelungen diesbezüglich gebe.

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE erklärt, dass laut vorliegenden Gutachten vom April die Luftfilter eine Wirksamkeit von nur 7 Prozent haben.

Die aktuelle Empfehlung des MBS (Infektions- und Arbeitsschutz in den Schulen in Brandenburg in Zusammenhang mit dem Corona-Virus) soll nochmal zur Information an alle Mitglieder der Gemeindevertretung rumgeschickt werden.

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE erklärt, dass Sie bzgl. der Personalbedarfsplanung, welche im Januar des nächsten Jahres in der Sitzung der Gemeindevertretung diskutiert werden soll, einen kurzfristigen Antrag eingereicht hat. Um eine sach- und fachgerechte Abwägung bzgl. des von der Verwaltung eingereichten zusätzlichen Personalbedarfes treffen zu können, seien noch weitere Daten, u.a. der Stellenplan oder die Stellenbeschreibungen erforderlich. Nur so könne man genauer prüfen, ob elf weitere angemeldete Stellen gerechtfertigt sind oder man das Geld evtl. in andere Sachen investieren könne.

Der Bürgermeister erklärt, dass eine Zusammenstellung der geforderten Unterlagen, wie z.B. die Entwicklung der Fallzahlen von 2019 bis 2021 für alle Bereiche bis zum Jahresende aus Personal- und Zeitgründen aktuell nicht umsetzbar sei. Grundsätzlich sei für solch eine Aufstellung unter anderem eine Befragung der Mitarbeiter notwendig. Er bitte daher um etwas Aufschub.

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE erklärt, dass die Entwicklung der Fallzahlen nachgereicht werden können. Die anderen abgeforderten Daten, wie z.B. den Geschäftsverteilungsplan sollten eigentlich in der Verwaltung vorhanden sein. Somit sollte ein Großteil dieser Unterlagen kurzfristig zuzusenden sein.

Der Bürgermeister erklärt, dass sowohl der Stellenplan im Rahmen des Haushalts als auch der Geschäftsverteilungsplan den Mitgliedern der Gemeindevertretung bekannt sein müsste. Er habe nur ein Problem mit der kurzfristigen Bereitstellung der Fallzahlentwicklung sowie der Fallbearbeitungszeiten und einiger weiterer Daten.

Ein Mitglied der Fraktion UWG erklärt, dass diese Informationen für eine Beratung zunächst zur nächsten Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses im Januar zugearbeitet werden sollten. Eine Beratung bzw. Abstimmung in der Gemeindevertretung sollte erst danach erfolgen. Dreiviertel dieser Dokumente sollten seiner Meinung nach bereits in der Verwaltung vorliegen und kurzfristig verfügbar sein. Er bestehe darauf, dass die Unterlagen vollständig für eine Beratung durch die Verwaltung zusammengestellt werden, auch wenn die Information schon mit dem Haushalt vorgelegen haben. Auch die Fallzahlen sollten bis zur Sitzung des FW-Ausschusses im Januar vorliegen. Als Chef der Verwaltung sollten ihm diese Zahlen zu jeder Zeit aktuell vorliegen bzw. auch bekannt sein. Seit der letzten Wiederwahl höre man nur noch, was alles in der Verwaltung nicht zu schaffen ist. Er kritisiert weiterhin die Arbeit des Bürgermeisters in den vergangenen Jahren.

Der Bürgermeister stößt im weiteren Verlauf der Diskussion auf eine massive Gegenwehr eines Mitglieds der Gemeindevertretung und die Situation eskaliert für einen kurzen Moment. Der Vorsitzende der Gemeindevertretung unterbricht den Streit und bittet um entsprechende Sachlichkeit.

Der Bürgermeister erklärt, dass er bzgl. des Antrages nur um etwas mehr Zeit für die Bereitstellung der angeforderten Unterlagen gebeten habe, da die Mitarbeiter in der Verwaltung aufgrund der langfristig angespannten Personalsituation maximal belastet seien und demzufolge eine kurzfristige Zuarbeit nicht möglich sei. Zum FW-Ausschuss Ende Januar des kommenden Jahres werde man die Unterlagen zusammengestellt haben.

Die Einreicherin des Antrages wird vom Vorsitzenden der Gemeindevertretung bzgl. der Fristsetzung um einen Kompromiss gebeten.

Die Einreicherin des Antrages erklärt, dass es viel zu spät wäre, wenn die Unterlagen erst mit der Ladung des FW-Ausschusses zur Verfügung gestellt werden, da man im März 2022 über den Haushalt diskutieren möchte. Bis dahin sollte bereits feststehen, wieviel Personalstellen man empfehle, zusätzlich im Haushalt einplanen.

Ein Mitglied der Fraktion UWG könne den Widerstand des Bürgermeisters nicht nachvollziehen, da der Wunsch nach zusätzlich benötigten Stellen von ihm ausginge. Den Mitgliedern der Gemeindevertretung sollte deshalb auch gestattet sein, nachzufragen, warum denn mehr Personal in der Verwaltung benötigt werde. Man trage schließlich eine Verantwortung gegen über den Bürgern bzgl. der Verwendung der finanziellen Mittel im Haushalt. Keiner bestreitet, dass eine Erhöhung des Personals notwendig ist. Deshalb seien die geforderten Unterlagen auch notwendig, um den angemeldeten Mehrbedarf nachvollziehen bzw. prüfen zu können.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung fasst nochmal zusammen, dass es bei dem Einwand des Bürgermeisters nur um die vorgegebene Fristsetzung bis zum Jahresende gehe und nicht um die Bereitstellung der Unterlagen.

Der Bürgermeister ergänzt, dass der Einwurf der Antragstellerin bzgl. der Aufnahme in die Haushaltsplanung aus seiner Sicht nicht ganz greifbar sei, da bei Bewilligung der zusätzlichen Stellen nicht genügend Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Er gehe davon aus, dass es für die Umsetzung des Personalbedarfsplanes weitere Schritte bedürfe, die auch durch die Gemeindevertretung beschlossen werden müssen. Diese Sachen könne man durchaus im Nachtragshaushalt umsetzen.

Die Antragstellerin einigt sich auf den Kompromiss, dass die Unterlagen bis Mitte Januar bzw. mindestens 14 Tage vor der Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses bereitgestellt werden, da es eine große Menge von Daten ist, die vorab gesichtet werden müssen, um den Sachverhalt verstehen zu können. Gleichzeitig beantragt Sie, dass der Tagesordnungspunkt „Diskussion zur Personalbedarfsplanung „Innere Verwaltung“ 2022 - 2027“ auf die Februar-Sitzung der Gemeindevertretung verschoben werde. Sie wollte mit dem kurzfristig eingereichten Antrag sicherstellen, dass alle Mitglieder der Gemeindevertretung dieselben Informationen zur Beratung haben. Sie könne mit dem Kompromiss leben, dass die Unterlagen bis zum 15. Januar vorliegen.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung erklärt abschließend, dass die Verwaltung gebeten wird, die angeforderten Unterlagen bzgl. der Personalbedarfsplanung mindestens 14 Tages vor der Sitzung des FW-Ausschusses zur Verfügung zu stellen.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung beendet damit den öffentlichen Teil der Sitzung und bedankt sich bei allen Gästen sowie den Mitarbeitern der Verwaltung für die Teilnahme.

Am Mellensee, den 31.01.2022

M. Tscherwinka
Vors. d. Gemeindevertretung